

Auslandshandel und Geldverkehr.

□ Berlin, 7. Februar. (Drahtbericht unseres Berliner Büros.) Der verstärkte Staatshaushaltsschluß des Preußischen Abgeordnetenhauses beriet in seiner letzten Sitzung über Handel und Geldverkehr.

Der Berichterstatter schilderte bei der Befprechung des Geldverkehrs die derzeitige Lage der Reichsbank. Es müsse zugegeben werden, daß die Golddeckung der Reichsbank trotz des anerkannten Wertes aller Volkstreise im Zurückgehen begriffen sei. Allerdings sei die Golddeckung der Reichsbank noch immer so gut wie die der Bank von England und weit besser als die der Bank von Frankreich und der russischen Staatsbank. Trotzdem sei aber dafür Sorge zu tragen, daß die Golddeckung nicht weiter verschlechtert würde. Das kann in zwei Richtungen geschehen: einmal dadurch, daß der Import möglichst auf das Notwendigste beschränkt werde und die Einfuhr von Luxusartikeln unterbleibe; zweitens dadurch, daß unsere Ausfuhr in das neutrale Ausland möglichst gefördert und verstärkt würde, damit wir möglichst viele Forderungen gegen das neutrale Ausland erwerben können. Ein solches Vorgehen würde auch den Kurs unserer Valuta im Auslande stärken. Der Hebung des Kurses unserer Valuta diene auch unzweifelhaft die Bundesratsverordnung vom 20. Januar 1916. Durch diese sei es ermöglicht, den Export künftig von der Beschlagnahme zugunsten der Monopolgesellschaften zu befreien. Dann werden die Intelligenz des deutschen Kaufmannes und seine guten Verbindungen im Auslande schon dafür sorgen, daß die Menge der uns zur Verfügung stehenden notwendigen Waren im Lande vergrößert werde. Bei der Ausfuhr müsse man den deutschen Kaufmann ebenfalls fördern, insbesondere durch Beschleunigung der Ausfahrtbeleidigung. Es müsse in jeder Beziehung jetzt und später dafür gesorgt werden, daß der deutsche Handel erhalten bleibe und allen kriegerischen und wirtschaftlichen Anfeindungen zum Trotz nach dem Kriege wieder zur alten Blüte gelangt.

In der Debatte herrschte allgemeine Übereinstimmung darüber, daß die Schädigungen des Handels, soweit wie möglich schon während des Krieges, beseitigt, jedenfalls aber nach dem Kriege für die völlige Wiedereinsetzung des Handels gesorgt werden müsse, und daß insbesondere auch die "Surrogate des Handels", die Kriegsgesellschaften, nur als vorübergehend zu betrachten seien.

Allseitig wurde auch die Bedeutung des Handels für unser wirtschaftliches Leben sowie seine wertbildende Kraft anerkannt, und seine großen Verluste durch den Krieg, insbesondere auch die Verluste der Schiffahrt bedauert. Der Handelsminister sagte erneute Prüfungen der Ausfuhrmöglichkeiten im Interesse unserer Valuta zu.

Aus der Kommission wurde u. a. noch angeregt, daß Erleichterungen im Handelsverkehr, insbesondere auch im Postverkehr nach Österreich-Ungarn wünschenswert seien.

Drei Petitionen der Badeorte der Ostseeküste um Gewährung von Hilfe an ihre Gemeindeverwaltungen und Einwohner die mit dem fast völligen Fortfall des Badeverkehrs in diesen Orten begründet waren, wurden nach entgegenkommenden Erklärungen des Finanzministers und des Ministers des Innern der Regierung zur Erwägung überwiesen.